

Freie Demokraten

Landesverband
Hamburg **FDP**

Antragsbuch des 106. Landesparteitags der FDP Hamburg

17. November 2017

#fdpHH106

Bürgerhaus Wilhelmsburg
Mengestraße 20
21107 Hamburg

Inhaltsverzeichnis

Geschäftsordnungsänderungen	
GO17102	Änderung der Geschäftsordnung des Landesparteitags Bezirksverband FDP Eimsbüttel
Antrag	
17101	Chancen unbemannter Systeme richtig nutzen LFA 8: Stadtentwicklung, Bezirke, Bau, Umwelt, Verkehr und Infrastruktur
17102	Bauen neu denken LFA 8: Stadtentwicklung, Bezirke, Bau, Umwelt, Verkehr und Infrastruktur
17112	Keine Hintertür zur Bürgerversicherung! Landesfachausschuss Gesundheit
17113	Rote Flora wird Internationaler Kindergarten Burkhardt Müller-Sönksen, u.a.
17114	Mein Taschengeld gehört mir! Junge Liberale Hamburg e.V.
17115	Betriebliche Sport- und Gesundheitsförderung Rolf Schittger, Frank Mario Stussig, Brigitte Lafrenz, Tilo Kienitz
17116	Finanzierung von Hamburger Kinderspielplätzen auf breitere Grundlagen stellen. LFA 5 Soziales, Arbeit, Familie und Integration
17117	Europa der dritten Generation – Schwerpunkte Europäischer Initiativen für das kommende Jahrzehnt Svenja Hahn, Prof. Dr. Andreas Moring

Antrag GO17101

Betr.: Änderung der Geschäftsordnung des Landesparteitags

Antragsteller: Bezirksverband FDP Eimsbüttel

1 **1. § 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landesparteitages vom 19.11.2016**
2 **wird wie folgt neu gefasst:**

3

4 „Anträge auf Änderung der Satzung werden unter einem besonderen Tagesord-
5 nungspunkt behandelt. Die Antragsreihenfolge der fristgerecht eingebrachten An-
6 träge wird von den Mitgliedern vorab durch schriftliche Abstimmung festgelegt. Die
7 Abstimmung kann elektronisch erfolgen. Hierzu richtet die Landesgeschäftsstelle
8 ein Abstimmungsformular ein, das die Kontrolle der Stimmberechtigung und die
9 Anonymität des Wahlverfahrens gewährleistet. Soweit die Abstimmung nicht elekt-
10 ronisch erfolgt, sind zur Kontrolle der Stimmberechtigung und Gewährleistung der
11 Anonymität des Wahlverfahrens die Absätze 7 bis 9 der Verfahrensordnung zur
12 Durchführung von Mitgliederentscheiden entsprechend anzuwenden. Jedes Mit-
13 glied kann unter den fristgerecht eingegangenen Anträgen bis zu fünf Anträge
14 auswählen. Für jeden Antrag darf nur eine Stimme vergeben werden. Die Anträge
15 werden entsprechend der Anzahl der für sie abgegebenen Stimmen beraten, wo-
16 bei der Antrag mit den meisten Stimmen als erster beraten wird. Bei Stimmen-
17 gleichheit entscheidet die Reihenfolge des Antragseingangs. Der Wahlgang dau-
18 ert mindestens eine Woche. Spätestens 3 Tage vor dem Landesparteitag ist das
19 Abstimmungsergebnis durch die Landesgeschäftsstelle bekannt zu geben und auf
20 der Internetseite des Landesverbandes zu veröffentlichen. Der Landesvorstand
21 hat das Recht, höchstens einen Antrag als Leitantrag einzureichen, der von dieser
22 Regelung ausgenommen ist. Für den Leitantrag gilt die Frist nach Absatz 1.“

23

24

25 **2. In § 4 Absatz 6 werden folgende Sätze angefügt:**

26 „Wurde die Dringlichkeit positiv festgestellt, entscheidet der Landesparteitag sepa-
27 rat darüber, an welcher Stelle der Dringlichkeitsantrag nachträglich in die gewählte
28 Antragsreihenfolge nach Absatz 2 eingefügt wird. Der Antragsteller erhält hierzu
29 die Gelegenheit, einen Vorschlag zu machen, an welcher Stelle der Antrag in die

30 Antragsreihenfolge eingefügt werden soll. Findet dieser Vorschlag keine Mehrheit,
31 wird der Antrag zuletzt beraten.“

32

33 **Begründung:**

34 § 4 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landesparteitages lautet bisher:

35

36 „Anträge auf Änderung der Satzung werden unter einem besonderen Tagesord-
37 nungspunkt behandelt. Sofern der Landesparteitag nichts anderes beschließt,
38 wird in schriftlicher Abstimmung festgelegt, in welcher Reihenfolge bis zu fünf der
39 fristgerecht eingebrachten Anträge und die Dringlichkeitsanträge, die nach Absatz
40 6 zur Beratung angenommen wurden, auf dem Parteitag zu beraten sind. Der
41 Landesvorstand hat das Recht, höchstens einen Antrag als Leitantrag einzu-
42 reichen, der von dieser Regelung ausgenommen ist. Für den Leitantrag gilt die
43 Frist nach Absatz 1.“

44

45 Mit der vorgesehenen Änderung soll die Reihenfolge der Antragsberatung künftig
46 schon vor Beginn des Landesparteitages erfolgen. Hierdurch wird für jedes Mit-
47 glied frühzeitig ersichtlich, wann die ihn interessierenden Themen beim Landes-
48 parteitag ungefähr aufgerufen werden. Eine persönliche Teilnahme wird so plan-
49 barer und leichter möglich.

50

51 Die Abstimmung kann entweder elektronisch erfolgen oder wie beim Mitglieder-
52 entscheid durch Briefwahl.

53

54 Das Recht des Landesvorstandes, mit einem Leitantrag auf dem Landesparteitag
55 einen inhaltlichen Schwerpunkt zu setzen sowie die Möglichkeit für die Mitglieder,
56 aktuelle Themen mittels Dringlichkeitsanträgen zur Debatte anzumelden, sollen
57 durch die beabsichtigte Änderung nicht eingeschränkt werden. Daher ist in Absatz
58 6 eine Regelung zu treffen, wie Dringlichkeitsanträge künftig im Rahmen der An-
59 tragsberatung zu berücksichtigen sind.

60

61 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antrag 17101

Betr.: Chancen unbemannter Systeme richtig nutzen

Antragsteller: LFA 8: Stadtentwicklung, Bezirke, Bau, Umwelt, Verkehr und Infrastruktur

1 Der Landesparteitag und der Bundesparteitag mögen beschließen:

2

3 Der Landesfachausschuss 8 Stadtentwicklung, Bezirke, Bau, Umwelt, Verkehr
4 und Infrastruktur der FDP Hamburg bewertet die Entwicklung der unbemannten
5 Systeme als wichtigen Zukunftstrend für Wirtschaft und Gesellschaft. Durch die
6 richtigen politischen Weichenstellungen kann der Einsatz von unbemannten
7 Systemen zu wirtschaftlicher Wertschöpfung, der Schaffung neuer Arbeitsplätze
8 und technologischem Fortschritt beitragen.

9 Betrachtet man die Zukunft der unbemannten Systeme, so gehe es nicht nur um
10 den Bereich der Automobilindustrie (autonomes Fahren), sondern es entwickelten
11 sich mit rasanter Geschwindigkeit in Deutschland, Europa und in Übersee neue
12 Geschäftsmodelle für eine aufstrebende Branche rund um unbemannte
13 Luftfahrtsysteme (UAS) oder auch Remotely Piloted Aircraft Systems (RPAS),
14 umgangssprachlich Drohnen. Diese Unbemannten Systeme werden unsere
15 Gesellschaft stark verändern.

16 Im Einzelnen möge der Landesparteitag beschließen und der Landesvorstand
17 wird gebeten, es an den Bundesparteitag weiterzuleiten:

18 1. Unbemannte Systeme werden bereits in 2017 zu einem zentralen
19 Wahlkampfthema; es wird eine politische Agenda zur Unterstützung der
20 Implementierung unbemannter Systeme erstellt, die sich an einer europäischen
21 Lösung orientiert, innovative und liberale Lösungen für den deutschen Markt
22 geschaffen werden und somit die Vorreiterrolle Deutschlands innerhalb Europas
23 nachhaltig gesichert wird.

24 2. Entwicklung einer deutschen Roadmap zur Integration unbemannter Systeme
25 zu Luft, Land und Wasser angelehnt an der europäischen Roadmap.

26 3. Entwicklung greifbarer und internationaler Sicherheitsstandards. Den
27 rechtlichen Rahmen sollen Regeln bilden, die die unterschiedlichen

28 Sicherheits-Anforderungen in den Mittelpunkt stellen. Hierbei soll sich der
29 Gesetzgeber verstärkt an den Normen der Industrie orientieren.

30 4. Die Grundlage zuverlässiger Sicherheitsstandards ist die hohe Qualität
31 entsprechender Qualifizierungsangebote. Bund und Länder sollen hier
32 gemeinsam mit Vertretern der Branche entsprechende Angebote erarbeiten und
33 diese fortlaufend weiterentwickeln. Hierbei sind nicht nur Ausbildungsangebote,
34 sondern auch universitäre Studiengänge zu betrachten. Auch hierbei ist eine
35 Orientierung an bereits vorhandenen Standards zweckmäßig.

36 5. Für die unbemannte Luftfahrt: Aufstiegsgenehmigungen sollen für
37 Drohnen-Einsätze mit besonderem Risiko weiterhin verbindlich sein. Sie sollen
38 lokal erteilt und bundesweit standardisiert werden. Die Erarbeitung gemeinsamer
39 Standards zwischen den Ländern und deren Anwendung ist wichtig, um
40 Transparenz für Anwender zu schaffen. Dabei ist der europäische
41 Regelungsansatz zu betrachten um bereits frühzeitig grenzüberschreitenden
42 Verkehr im Blick zu haben.

43 6. Damit sich Deutschland eine führende Rolle in der Technologie- und
44 Anwendung sichert, soll die Forschung einen festen Platz in der
45 Wissenschafts-Landschaft erhalten. Lehrstühle an Hochschulen sollen
46 eingerichtet, bzw. ausgebaut werden. Die Technologie- und Forschungsförderung
47 in Bund und Ländern sollen die unbemannten Systeme einbeziehen. Eine
48 Vernetzung zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Behörden und die Förderung
49 von Gründern aus der Branche ist wichtig, um innovative Konzepte schnell
50 gebündelt zu entwickeln.

51 7. Wir fordern den Senat auf, bereits bestehende Angebote an Hamburger
52 Hochschulen, wie z. B. das Institut für Unbemannte Systeme an der Northern
53 Business School, weiterzuentwickeln, um die Hansestadt zu einem führenden
54 Standort der unbemannten Technologie in Deutschland zu machen. Ebenso sind
55 Testgelände im Einzugsgebiet im Rahmen von Kooperationen mit einzubeziehen,
56 um eine feste Clusterlandschaft für Hamburg zu bilden.

57 8. Bei der Weiterentwicklung unbemannter Technologie und deren Einsatz soll
58 dem Datenschutz eine wichtige Stellung zukommen. Die Einhaltung von
59 Persönlichkeitsrechten und die Wahrung der Privatsphäre dürfen durch Drohnen
60 nicht gefährdet werden. Die Landes- und der Bundesdatenschützer müssen
61 hierfür nicht nur klare Regelungen zur Umsetzung erhalten, sondern auch einen
62 länderübergreifenden, gemeinsamen Ansatz finden.

63 9. Drohnen können einen Beitrag dabei leisten, Verkehrsströme schadstoffärmer,
64 ressourcenschonender und somit umweltverträglicher zu machen. Sie sollen
65 deshalb in Konzepte des Natur- und Umweltschutzes, der Stadt- und
66 Verkehrsplanung entsprechend einbezogen werden.

67 10. Unbemannte Systeme sind oder werden in der Zukunft der Träger von
68 Logistik und Mobilität zu Luft, Land und Wasser werden. Langfristig muss eine
69 Integration aller unbemannten Systeme zu Land, zu Wasser und in der Luft
70 stattfinden. Der Vernetzung mit und von unbemannten Systemen kommt dabei
71 eine besondere Bedeutung zu. Ebenso der Einbindung von Drohnen in Konzepte
72 der „Industrie 4.0“.

73 11. Bei der Weiterentwicklung von unbemannter Technologie und deren Einsatz
74 wird der grenzüberschreitende Verkehr an Bedeutung gewinnen. Vor diesem
75 Hintergrund sind das Vorantreiben und das schnelle Integrieren neuer
76 Entwicklungen sowie eine europäische Harmonisierung von Regeln wichtig für
77 die Standortsicherung in Deutschland und Europa.

78 **Begründung:**

79 erfolgt mündlich.

Antrag 17102

Betr.: Bauen neu denken

Antragsteller: LFA 8: Stadtentwicklung, Bezirke, Bau, Umwelt, Verkehr und Infrastruktur

- 1 Die FDP-Hamburg fühlt sich den breiten Schichten der Bevölkerung in der
2 Metropolregion Hamburg besonders verpflichtet. Der rot/grüne Senat versucht mit
3 seinen Bündnissen für Wohnen, die Bezirke und die Wohnungswirtschaft zu
4 jährlichen Bauleistungen zu verpflichten, wobei übersehen wird, dass die
5 „Erfolgsmeldungen“ des Senats nicht geeignet sind Haushalte, insbesondere im
6 unteren Einkommenssegment, angemessen mit Wohnraum zu versorgen, da im
7 gleichen Zuge, in ähnlich hoher Stückzahl Wohnungsbindungen entfallen. Der
8 Senat betreibt ein Nullsummenspiel.
- 9 Des Weiteren sieht der rot/grüne Senat den kostentreibenden, steigenden
10 ordnungsrechtlichen Anforderungen tatenlos zu. Um dauerhaft und nachhaltig
11 Bauen, insbesondere den Wohnungsbau, von Kostentreibern zu entlasten und
12 damit letztlich für bezahlbare Mieten in der Metropolregion Hamburg einzutreten
13 fordert die FDP-Hamburg daher den Senat auf:
- 14 1. Als Gesellschafter/Eigentümer der stadteigenen Unternehmen, SAGA
15 Unternehmensgruppe, IBA Hamburg GmbH; Hamburgische Investitions- und
16 Förderbank – Anstalt öffentlichen Rechts (IFB -AöR); f & w fördern und wohnen
17 AöR, dergestalt auf die Unternehmen einzuwirken, dass dort jeweils Positionen
18 geschaffen werden, um aktiv den Kostentreibern aus gesetzgeberischen,
19 normativen und kommunalen Auflagen entgegengetreten werden kann.
 - 20 2. Als Vertreter der Freien und Hansestadt Hamburg im Bundesrat die Initiative
21 zu ergreifen, um die AfA-Sätze entsprechend der heute, an ein modernes
22 Bauwerk zu stellenden Nutzungsdauern, anzupassen.
 - 23 3. Auf die Erhebung der Grunderwerbsteuer zu verzichten, soweit es sich bei
24 den zu errichtenden Gebäuden um geförderten Wohnraum handelt. Der Verzicht
25 muss sich explizit in der Mietenkalkulation wiederfinden.
 - 26 4. Zu prüfen, ob die Hamburgische Bauordnung (HBauO) noch zeitgemäß ist,
27 und an deren Stelle die Musterbauordnung des Bundes (MBO) gestellt werden
28 kann. Die Prüfung soll ggf. im Zusammenwirken mit anderen Bundesländern und
29 durch eine unabhängige Sachverständige Kommission erfolgen.

30 5. Forschungsmittel für soziale Wohnraumentwicklung -förderung bzw.
31 Stadtentwicklung in Höhe von jährlich 5 Mio Euro verlässlich bereitzustellen. Die
32 Gegenfinanzierung soll aus Erlösen von im öffentlichen Eigentum stehenden
33 Grundstücken erfolgen.

34 6. Den Studiengang Bauingenieurwesen an der Hafencity-Universität (HCU)
35 dauerhaft mit einem Lehrstuhl auszustatten dessen Forschungsschwerpunkt in
36 der Anwendung unterschiedlichster Baustoffe und Baumethoden liegt, mit dem
37 Ziel neue Möglichkeiten beim Bauen im Bestand und im Neubau zu schaffen.
38 Dabei soll u.a. die Weiterentwicklung des Ingenieurholzbaus in der industriellen
39 Fertigung ein besonderer Schwerpunkt sein.

40

41 **Begründung:**

42 Gestiegene Qualitätsansprüche und bauordnungsrechtliche Anforderungen zum Beispiel
43 mit Blick auf Energieeinsparverordnung 2016 in Verbindung mit EEWärmeG, Barrierefrei-
44 heit, Standsicherheit, Brand- und Schallschutz, Schnee, Sturm- und Erdbebensicherheit,
45 und darüber hinaus, eine Vielzahl von kommunalen Auflagen führen zu deutlich erhöhten
46 Kosten im Wohnungsbau.

47 Kleine und mittlere Unternehmen stehen durch die dynamische Regelsetzung sowie durch
48 die komplexen normativen Anforderungen vor der Aufgabe ein permanentes Management
49 des bauordnungsrechtlichen Instrumentenkastens bewältigen zu müssen, was zuneh-
50 mend die allgemeinen Geschäftskosten belastet und so letztlich zu höheren Angebots-
51 preisen führt.

52 Bei den Herstellungskosten ist zu beobachten, dass der Kostenschwerpunkt sich immer
53 weiter von den Leistungsbereichen des Rohbaus (ca. 46 %) zu den Leistungsbereichen
54 der Ausbaugewerke (ca. 54 %) hin verlagert. Ursächlich hierfür sind die überdurchschnitt-
55 lichen Preis- und Kostenanstiege im Bereich des Ausbaus, die auf der Kostenseite zu ei-
56 nem Großteil auf die verschärften gesetzlichen und normativen Anforderungen zurückzu-
57 führen sind.

58 Aus der veränderten Verteilung der Bauwerkskosten ergibt sich insbesondere mit Blick
59 auf die Gewerke des Technischen Ausbaus (TGA), mit teilweise sehr kurzen Austauschint-
60 ervallen einzelner Komponenten, eine verkürzte Nutzungsdauer der Gebäude. Die mittlere
61 Nutzungsdauer aller Komponenten eines Wohnungsneubaus beträgt mittlerweile 36
62 Jahre, mit weiterer negativer Tendenz. Der verstärkte Gebäudeverschleiß und der
63 dadurch ausgelöste höhere Instandhaltungsbedarf stehen nicht mehr mit den derzeitigen
64 Abschreibemöglichkeiten (AfA) im Einklang. Eine diesbezügliche Anpassung auf den tat-
65 sächlichen Werteverzehr ist insbesondere im geförderten Wohnungsbau folgerichtig und
66 sachgerecht.

67 Durch kommunale Vorgaben, in der Regel politisch, ideologisch motiviert, für den Baukör-
68 per, den energetischen Standard, den baulichen Brand- und Schallschutz, der Vorgabe
69 der Anzahl der Stellplätze für PKW, oft verbunden auch mit der Forderung nach Tiefgara-
70 genstellplätzen im verdichteten städtischen Raum, führen zwangsläufig zu höheren Her-
71 stellkosten. Wenngleich sich, z.B., nach Untersuchungen der Arbeitsgemeinschaft für
72 zeitgemäßes Bauen e.V. (ARGE) Kiel, die Kosten für geforderte städtebauliche, architek-
73 tonische und/oder landschaftsgärtnerische Konzepte, Wettbewerbe, Planungen und Gut-

74 achten, z.B. für Arten-/Naturschutz, Geologie und Infrastruktur zurzeit nur mit etwa 4 %
75 der Herstellungskosten im Bereich kommunale Auflagen ausmachen, bedeutet dies den-
76 noch Mehrkosten in Höhe von 6.000 EURO für jede Neubauwohnung in der Metropolregi-
77 on Hamburg.

78 Darüber hinaus fand die ARGE e.V. Kiel mit der Studie „Kostentreiber für den Wohnungs-
79 bau“ (untersucht wurde der Zeitraum von 2000 bis 2014 am Beispiel des Typengebäudes
80 MFH) weitere kostentreibende Faktoren

81 1. Mit direktem Bezug zu Entwicklungen bzw. Veränderungen im Preisniveau in Deutsch-
82 land:

83 a. Baupreise 342 €/m² bzw. 25.100 €/WE (ohne Umsatzsteuererhöhung);

84 b. Planungsleistungen: 77 €/m² bzw. 5.600 €/WE;

85 c. Preise – Außenanl.: 7 €/m² bzw. 500 €/WE;

86 d. Baulandpreise: 115 €/m² bzw. 8.400 €/WE

87 Summe: 541 €/m bzw. 39.600 €/WE.

88 2. Mit direktem Bezug zu Vorgaben bzw. Anforderungen von Bund, Ländern und Kommu-
89 nen

90 a. Steuerechtsänd.: 61 €/m² bzw. ..4.500€/WE;

91 b. Baugenehm,-Geb.: 3 €/m² bzw. 200 €/WE;

92 c. Tech. Baubestimm., Normen u. Qualitätsstandards:

93 30 €/m² bzw. 3.200 €/WE;

94 d. Energetische Anford.: 154 €/m² bzw. 11.300 €/WE;

95 e. Kommunale Auflag.: ..82€/m² bzw. 6.000 €/WE.

96 Summe: 330 €/m² bzw. 24.200 €/WE.

97 Insgesamt sind für diesen Zeitraum also Kostensteigerungen in Höhe 63.800 €/WE zu
98 verzeichnen. Das entspricht einer Steigerung von 39,4 %.

Antrag 17112

Betr.: Keine Hintertür zur Bürgerversicherung!

Antragsteller: Landesfachausschuss Gesundheit

1 **Keine Hintertür zur Bürgerversicherung!**

2

3 Die vom Hamburgischen Senat vorgesehene folgenreiche Leistung des Ar-
4 beitgeberanteils für seine in der Gesetzlichen Krankenkasse (GKV) versicher-
5 ten Beamten ist strikt abzulehnen.

6

7 ***Begründung:***

8 Die Gesundheitssenatorin beabsichtigt, für die üblicherweise in einer Privaten
9 Krankenkasse (PKV) versicherten hamburgischen Beamten die Mitglieds-
10 schaft in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) über die Zahlung des
11 Arbeitgeberanteils interessant zu machen. Wahlweise kann sich der Staats-
12 diener, der von dieser Möglichkeit Gebrauch machen sollte, aber auch weiter
13 für die staatliche Beihilferegulung entscheiden. Der Staat behält in dem Fall
14 den Arbeitgeberanteil ein. Eine Unklarheit, die besonderen versorgungs-
15 rechtlichen Gründen geschuldet ist und zeigt, wie übers Knie gebrochen die-
16 se Regelung ist, auch wenn man den hier ungeklärten Umgang mit den Al-
17 tersrückstellungen in der PKV bedenkt.

18 Der Senat entzieht sich mit dieser Maßnahme für vermeintliche Einsparun-
19 gen teilweise der Fürsorgepflicht für seine Beamten und verschlechtert da-
20 mit sowohl ihren Status als auch ihre medizinische Versorgung. Der Deutsche
21 Beamtenbund äußert verfassungsrechtliche Bedenken.

22 Da sich ca. die Hälfte der privatversicherten Patienten aus Beamten und Pen-
23 sionären zusammensetzt, hat der angestoßene Prozess auch negative Aus-
24 wirkung auf die PKV und die allgemeine medizinische Versorgung. Mit einer
25 Schwächung des Wettbewerbs im Dualen System der Krankenversicherung
26 durch mehr Vereinheitlichung ebnet die Gesundheitssenatorin den Weg zu
27 der von ihr angestrebten sog. Bürgerversicherung!

Antrag 17113

Betr.: Rote Flora wird Internationaler Kindergarten

Antragsteller: Burkhardt Müller-Sönksen, u.a.

1 **Rote Flora wird Internationaler Kindergarten**

2

3 Die FDP Hamburg fordert Senat und Bürgerschaft der Freien und Hansestadt
4 Hamburg auf, das ehemalige Flora-Theater am Schulterblatt 71 zum nächst mög-
5 lichen Termin in einen Internationalen Kindergarten zur Integration insbesondere
6 auch von Flüchtlingskindern umzuwandeln.

7

8 **Begründung**

9

10 Die seit 28 Jahren bestehende Nutzung als „Rote Flora“ bzw. als Autonomes Zent-
11 rum wurde immer wieder zum Symbol linksradikal motivierter und vor allem meist
12 gewaltsamer Auseinandersetzungen. Es hat sich ein rechtsfreier Raum gebildet.
13 Der bisher eingeschlagene Kurs, sich mit milden Gaben und Duldung rechtsfreier
14 Räume Ruhe linksextremer Gruppen zu erkaufen, ist endgültig fehlgeschlagen.
15 Insbesondere nach den Vorkommnissen vor und während des G20-Gipfels in
16 Hamburg, in Anbetracht der vielen geschädigten Personen, insbesondere unserer
17 Polizisten, aber auch der Bürgerinnen und Bürger, der geplünderten Einzelhänd-
18 ler, die in Furcht und Schrecken die hemmungslosen Ausschreitungen erleben
19 mussten, darf es für solche, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung
20 nachhaltig zersetzende Gebilde nicht mehr geben. Die Versuche, die Gewaltaus-
21 brüche der Polizei als Ursache zuzuschreiben oder die symbolischen und un-
22 glaubwürdigen Lippenbekenntnisse einer Distanzierung zur Gewalt bewegen die
23 Hamburger Bürger einmal mehr, sich nicht mehr durch eine rechtswidrige und ag-
24 gressive Minderheit terrorisieren lassen.
25 Gleichwohl sollte sich Hamburg als liberale, tolerante und weltoffene Kaufmanns-
26 stadt großzügig zeigen und als Symbol gegen die G20-Gewalttaten den weltbes-
27 ten Internationalen Kindergarten, gerade auch zur Integration von Flüchtlingskin-
28 dern gründen. Mit wissenschaftlicher Unterstützung der Universität Hamburg, ins-
29 besondere in bei Kinderpädagogik, ggf. Traumatherapie, aber vor allem auch
30 Sprachförderung, sollen vom diesem Ort in Zukunft positive soziale Signale aus-
31 gehen.

Antrag 17114

Betr.: Mein Taschengeld gehört mir!

Antragsteller: Junge Liberale Hamburg e.V.

1 **Mein Taschengeld gehört mir!**

2

3 Kindern und Jugendlichen, die sich durch Neben- oder Ferienjobs eigenes Geld
4 verdienen, soll der Anreiz hierzu nicht durch ungerechte Hartz IV-Regelungen
5 genommen werden. Derzeit dürfen Jugendliche bloß 100,00 Euro pro Monat
6 verdienen, darüber erzielt es Einkommen wird den Eltern auf ihren Bedarf ange-
7 rechnet, was eine Kürzung der Sozialleistungen bedeutet. Diese Regelung ist
8 aus Sicht der FDP Hamburg nicht gerecht und führt dazu, dass Eltern, die So-
9 zialhilfe empfangen, einen Anreiz haben, ihre Kinder von der Aufnahme einer
10 Arbeit abzuhalten. Das vorgebrachte Argument für eine weitgehende Anrech-
11 nung, dass Eltern ihre Kinder ansonsten zur eigenen Bereicherung ausnutzen
12 würden, lehnen wir als pauschale Unterstellung ab.

13

14 Aus diesem Grund muss einerseits die Freigrenze für das nicht anzurechnende
15 Einkommen der Kinder in einer Bedarfsgemeinschaft angehoben werden. Ein
16 Maßstab hierfür könnte das sächliche Existenzminimum sein, das derzeit
17 4.608,00 Euro beträgt. Außerdem soll der erhöhte Satz sich am Jahres- und
18 nicht am Monatseinkommen orientieren, da Jugendliche zumeist in den Schul-
19 ferien arbeiten und sich hierbei größere Summen ansparen.

20

21 Sämtliche Jugendarbeitsschutzgesetze und anderen gesetzlichen Bestimmun-
22 gen zum Schutz der Jugendlichen oder zur Einhaltung der Schulpflicht sollen
23 durch diese Regelung nicht eingeschränkt werden.

24

25 **Begründung:** erfolgt mündlich

Antrag 17115

Betr.: Betriebliche Sport- und Gesundheitsförderung

Antragsteller: Rolf Schittger, Frank Mario Stussig, Brigitte Lafrenz,
Tilo Kienitz

1 **Betriebliche Sport- und Gesundheitsförderung**

2
3 Der 106. Landesparteitag der FDP Hamburg fordert die Bundestagsfraktion der
4 FDP auf, sich für eine Stärkung der betrieblichen Sport- und Gesundheitsförde-
5 rung der Arbeitnehmer durch die Arbeitgeber einzusetzen. Ein Forderung ist die
6 Einbeziehung der betrieblichen Sport- und Gesundheitsförderung, durch die Auf-
7 nahme von Mitgliedsbeiträgen für Sportkurse in den Katalog des §3 Nr. 34 EStG.
8 Dadurch wird die Förderung durch den Arbeitgeber für den Arbeitnehmer nicht
9 mehr als geldwerter Vorteil behandelt und der Anreiz, sportlich und damit gesund-
10 heitsfördernd aktiv zu werden, für jeden Arbeitnehmer bundesweit erhöht.

11 **Begründung:**

12
13
14 Die berufliche Tätigkeit ist durch eher einseitige, körperliche Belastungen oder
15 vielfach durch einen Mangel an Bewegung geprägt. Vorwiegend sitzende Tätig-
16 keiten, aber auch andere gleichbleibende Arbeitssituationen und eine unter Um-
17 ständen nicht ausreichende sportliche Betätigung, führen vermehrt zu gesundheits-
18 lichen Problemen. Gerade bei den Arbeitnehmern, die keiner regelmäßig sportli-
19 chen Betätigung nachgehen führt dies zu einem erhöhten Krankheitsstand.
20 Rückenbeschwerden haben daran einen besonders hohen Anteil, trotz Gesund-
21 heitsstühlen, der Beachtung aller ergonomischer Möglichkeiten und der Bewe-
22 gungsfreiheiten am Arbeitsplatz.

23
24 Mittelständige Arbeitgeber haben nicht die Ressourcen ihren Arbeitnehmern Be-
25 triebssport anzubieten, so dass bisher die Eigeninitiative des Arbeitnehmers der-
26 zeit allein steht. Deshalb wollen viele mittelständige Arbeitgeber die sportlichen
27 Aktivitäten ihrer Mitarbeiter finanziell unterstützen und sie so motivieren. Ein Weg
28 dazu ist die zweckgebundene Förderung der einschlägigen Aktivitäten von Arbeit-
29 nehmern durch eine monatliche Gehaltszuzahlung von 40,- Euro. Solche Zuwen-
30 dungen werden bislang als sogenannter „geldwerter Vorteil“ besteuert.

31
32 Bislang wird Sport vom Gesetzgeber als Freizeitaktivität und nicht als präventive
33 Gesundheitsaktivität eingestuft. Darum erfährt eine vom Arbeitgeber gezahlte fi-
34 nanzielle Unterstützung für Sportaktivitäten keine steuerliche Begünstigung.
35 Sinn des vorliegenden Antrags ist es deshalb, dafür zu sorgen, dass diese Zu-
36 wendung dem Arbeitnehmer voll zu Gute kommt und nicht versteuert wird.
37 Dadurch kann die sportliche Betätigung von Arbeitnehmern langfristig angelegt
38 und unterstützt wird, und somit zu einer echten Prävention vor Erkrankungen see-
39 lischer und körperlicher Natur auf Grund von Bewegungsmangel führen.

41 Es gibt bereits ein gut funktionierendes Beispiel gleicher Funktionsweise wie in
42 der Antragsforderung. Vom Arbeitgeber für den Arbeitnehmer gezahlte Bild-
43 schirmarbeitsbrillen können über den §3 Nr. 34 EStG von der Lohnsteuer befreit
44 werden. Das heißt die Bildschirmarbeitsbrillen werden dem Arbeitnehmer nicht als
45 „geldwerter Vorteil“ besteuert. Der finanzielle Rahmen nach §3 Nr. 34 EStG, d.h.
46 500,- EUR jährlich steuerbefreit, ist ausreichend groß, um eine echte Prävention
47 durch eine sportliche Betätigung, die gemeinsam von Arbeitnehmer und Arbeitge-
48 ber gewählt würde, zu ermöglichen.

49

50

51 Vorteil dieses Ansatzes ist eine direkte und unbürokratische Unterstützung und
52 Abwicklung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

53

54 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antrag 17116

Betr.: Finanzierung von Hamburger Kinderspielplätzen auf breitere Grundlagen stellen

Antragsteller: LFA 5 Soziales, Arbeit, Familie und Integration

1 Ca. 750 Kinderspielplätze in Hamburg bedürfen regelmäßiger Wartung und Pflege,
2 neue Spielplätze sind in der wachsenden Stadt entsprechend den Anforderungen
3 nach Spielflächen gemäß §10 HBauO neu einzurichten. Um Kinderspielplätze für die
4 Kinder attraktiv und auch sicher zu gestalten, wird der Senat der Freien und Hanse-
5 stadt Hamburg aufgefordert:

6

7 1. zur Unterstützung und Entlastung der Bezirke einen Fonds einzurichten, um
8 auf den rund 750 Spielplätzen in Hamburg für Kinder eine saubere und kinder-
9 freundliche Umgebung sowie attraktive Spielgeräte sicherzustellen. Die Höhe
10 des Fonds ist im Einzelnen noch zu bestimmen.

11

12 2. Kommunikationsmaßnahmen zur Unterstützung des Fonds auch durch private
13 Spender aufzusetzen, etwa Bonsammlungen in Supermärkten, Kollekten in
14 Kirchen und anderen lokalen Maßnahmen, damit die Bürger einen direkten
15 Bezug zu ihrer Spende vor Ort haben.

16

17 **Begründung**

18

19 In Hamburg steht Kindern und Jugendlichen ein vielfältiges Angebot zum Spielen,
20 Bewegen und für den Aufenthalt zur Verfügung. Kinderspielplätze sind wichtige Orte,
21 an denen Kinder Sozialverhalten entwickeln, welches zu Fähigkeiten wird, die bis in
22 ihr Erwachsensein wirksam sind. Studien stellten fest, dass Spielplätze zu den wich-
23 tigsten Orten für die Entwicklung der Kinder außerhalb des häuslichen Bereiches ge-
24 hören. Die meisten Formen des Spiels sind für gesunde Entwicklung von Kindern
25 wesentlich. Gerade das freie und spontane Spielen, wie es auf Spielplätzen auftritt,
26 ist hier vorbildhaft.

27

28 Die Bezirke weisen hohe Ausgaben für Neubau, Sanierung und notdürftige Repara-
29 turen aus. Die Maßnahmen sollen sicherstellen, dass Haushaltsmittel zur Verfügung
30 stehen, um Spielplätze attraktiv für Kinder bleiben und in ausreichendem Umfang zur
31 Verfügung stehen.

32

33 Weitere Begründung mündlich.

Antrag 17116

Betr.: Europa der dritten Generation – Schwerpunkte Europäischer Initiativen für das kommende Jahrzehnt

Antragsteller: Svenja Hahn, Prof. Dr. Andreas Moring

1 **Europa der dritten Generation – Schwerpunkte Europäischer Initia-**
2 **tiven für das kommende Jahrzehnt**

3 „Europa ist unsere Zukunft. Sonst haben wir keine.“ (Hans-Dietrich Genscher)

4 Europa und die Europäische Union sollen Frieden, Freiheit, Demokratie, Wohlstand
5 und Fortschritt für uns sichern und garantieren. Das kommt aber nicht von allein. Zu-
6 kunft kann und muss aktiv gestaltet werden. Dazu braucht es auch den Mut, bisheri-
7 ge Paradigmen zu hinterfragen, Fehlentwicklungen zu korrigieren und die richtigen
8 Schwerpunkte für die jetzigen und kommenden Generationen in Europa zu legen.
9 Deswegen fordern die Freien Demokraten Priorität in Europa für Infrastruktur, Ver-
10 netzung von Wissenschaft und Forschung und Chancen für die junge Generation in
11 Europa.

12 Das bedeutet konkret:

13 1. Es wird ein europäisches Investitionsprogramm für Infrastruktur in der Europä-
14 ischen Union initiiert. EU Mittel werden prioritär in den Neu- und Ausbau sowie
15 einhergehende Harmonisierung von Verkehrswegen, Energienetzen und In-
16 formationsnetzen investiert. Innovation, Digitalisierung und gemeinsame
17 Energiepolitik sind insbesondere für die junge Generation relevant, damit Eu-
18 ropa auch in Zukunft ein Chancenkontinent bleibt. Die Leitung des Programms
19 ist souveräne Aufgabe der EU Kommission, hier insbesondere der Kommissa-
20 re für Verkehr, für Energie, für Wirtschaft und für Telekommunikation. Hier-
21 durch wird sichergestellt, dass europäische Interessen Verlauf, Mittelvertei-
22 lung und Fristen bestimmen und nicht nationale Egoismen. Die Finanzmittel
23 hierfür sollen aus dem sogenannten „Juncker-Plan“ bzw. dem daraus ent-
24 standenen Fond zur Förderung von Investitionen und dem Europäischen
25 Fonds für strategische Investitionen (EFSl) gespeist werden. Des Weiteren
26 sind Gelder, die bisher für Industrie- und Landwirtschaftssubventionen ver-
27 wendet werden, zu mindestens 33 Prozent ihres aktuellen Volumens für Infra-
28 strukturinvestitionen umzuleiten. Das Europäische Parlament soll hierfür eine
29 entsprechende Aufforderung an die Kommission aussprechen, praktikable
30 Vorschläge hierzu vorzulegen. Darüber hinaus übernimmt die Europäische In-

31 vestitionsbank eine tragende Rolle bei der Finanzierung, Mittelbeschaffung
32 und Mittelverteilung des Investitionsprogramms. Der Europäische Rech-
33 nungshof überwacht die Mittelverwendung entsprechend der geltenden Ge-
34 setze und Regelungen.

35 2. Wissenschaft und Forschung sind Europas Stärke und das Fundament für die
36 Zukunft. Deswegen muss die Vernetzung von Universitäten, Hochschulen, In-
37 stituten und Forschungseinrichtungen in Europa weiter verbessert und ge-
38 stärkt werden. Auch diese Aufgabe ist in die Verantwortung der EU Kommis-
39 sion, hier der Kommissare für Bildung, Wissenschaft, Kommunikation und Kul-
40 tur zu übertragen. Ziel ist die Etablierung einer europäischen Plattform für
41 Wissenschaft und Forschung und eine stärkere Vernetzung von Institutionen
42 und Menschen, die Transparenz schafft und laufende wie geplante Projekte
43 europaweit koordiniert und unterstützt. Hierzu sollen länder- und institutionen-
44 übergreifende Projekte und solche, die den nationalen und regionalen Rah-
45 men sprengen würden, in erster Linie gefördert werden („Ein neues europäi-
46 sches Airbus-Projekt“). Zudem soll es allen Bildungseinrichtungen ermöglicht
47 werden, in allen EU Ländern Niederlassungen zu unterhalten. Dies erhöht die
48 Mobilität von Lernenden und Lehrenden, steigert es die Attraktivität der Ein-
49 richtungen und trägt zusätzlich zu einer stärkeren Vernetzung und Kooperati-
50 on in der Wissenschaft bei.

51 Die Mittel hierzu sollen ebenfalls aus den unter Punkt 1. genannten Quellen
52 stammen. Bei der Durchführung ist die Kommission bzw. sind die Kommissare
53 und ihre Direktionen dem Prinzip der Freiheit von Wissenschaft und For-
54 schung verpflichtet. Es geht nicht um Vorgaben, sondern um Unterstützung
55 und Koordination, um effizient die besten Ergebnisse zu erreichen und Europa
56 zur attraktivsten und innovativsten Region für Wissenschaft und Forschung
57 auf der Welt zu machen.

58 3. Die Chancen für Bildung, Ausbildung und beruflichen Erfolg müssen Leitmotiv
59 und Verpflichtung moderner Europapolitik sein. Hierzu gehört uneingeschränk-
60 te Mobilität in Europa für alle. Prinzipiell muss es jedem Europäer möglich
61 sein, in einem europäischen Land seiner/ihrer Wahl zu studieren und/oder ei-
62 ne Ausbildung zu absolvieren. Das bedeutet Chancengleichheit für alle. Dazu
63 müssen die unterschiedlichen Bildungsabschlüsse in der Europäischen Union
64 kompatibel zueinander gemacht werden. Der Bologna-Prozess ist dazu ein
65 erster Ansatz, der weiter verbessert und auf andere Bereiche neben der klas-
66 sischen Hochschul- und Universitätsausbildung ausgeweitet werden muss.

67 Dabei geht es nicht um eine durchgehende und unflexible Vereinheitlichung
68 von allen Abschlüssen, sondern um ihre Vergleichbarkeit und Transparenz.
69 Vielfalt und Unterscheidbarkeit ist hier von den Freien Demokraten ge-
70 wünscht, denn das fördert den positiven Wettbewerb um beste Bildung. Die
71 Kommission soll deshalb aufgefordert werden, die bestehenden Bologna-
72 Regeln zu überarbeiten und allgemein verbindliche und rechtsgültige Stan-
73 dards für die Vergleichbarkeit und Kompatibilität von Bildungsabschlüssen in
74 der EU zu erarbeiten und danach zusammen mit dem Europäischen Parla-
75 ment und dem Ministerrat als EU Recht in Form einer Verordnung zu erlas-
76 sen. Das gleiche soll auch für Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen im
77 dualen oder trialen System gelten, das sich in Deutschland bewährt hat und
78 von vielen europäischen Staaten zu übernehmen gewünscht wird. Der EU
79 Kommission kommt hier die Aufgabe zu, gemeinsam mit dem EU Wirtschafts-
80 und Sozialausschuss, eine solche Übernahme des dualen Modells in weiteren
81 Regionen Europas zu fördern und zu koordinieren.

82

83 **Begründung**

84

85 Eine funktionierende und leistungsfähige Infrastruktur ist die unerlässliche Grundlage
86 für Handel, Wohlstand und Fortschritt in Europa, wie in jeder anderen Region. Nur
87 wo es eine leistungsfähige Infrastruktur gibt, können Wachstum, Stabilität und Inno-
88 vationen nachhaltig entstehen und sich entwickeln. Europas Stärke liegt in der Viel-
89 falt seiner Fähigkeiten und deren Vernetzung. Die Zeiten sogenannter Nationalöko-
90 nomien sind vorbei, Europa ist ein gemeinsamer Wirtschafts-, Rechts- und Friedens-
91 raum. Wege, egal ob analog oder digital, überwinden Grenzen und bringen Waren,
92 Menschen und Ideen zueinander. Deswegen ist Infrastrukturpolitik auch eine ge-
93 samteuropäische Aufgabe, die den gesamten europäischen Raum im Blick haben
94 muss und die nicht an nationalen Egoismen, Machtinteressen oder Rivalitäten schei-
95 tern darf. Die finanziellen Ressourcen der EU müssen deshalb in Infrastruktur und
96 Wissenschaft und Bildung fließen. Hier ist das Geld besser und deutlich sinnvoller
97 angelegt, als in Subventionen für nicht wettbewerbsfähige Industrien oder die be-
98 rühmten „Butterberge und Milchseen“ der europäischen Landwirtschaft.
99 Gerade das letzte Jahrzehnt mit und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise und der
100 noch andauernden Staatsschuldenkrise hat uns allen gezeigt, dass Europa nur durch
101 Bildung, Innovationsfähigkeit und Freiheit und Flexibilität eine Zukunft in der globali-
102 sierten und digitalisierten Welt von heute und morgen hat. Europas Verpflichtung ist
103 es, der jungen Generation des Kontinents Chancen zu eröffnen, mindestens genau-
104 so sicher und möglichst besser situiert als ihre Elterngeneration zu leben. Der
105 Schlüssel dazu ist neben der Infrastruktur die beste Bildung. Dieses Ziel für Europas
106 junge Generation ist auch nur auf europäischer Ebene zu erreichen; und das auch
107 noch deutlich effizienter und schneller, als mit rein nationaler oder regionaler Per-
108 spektive. Politischen Willen, administrativen Aufwand und finanzielle Mittel hierfür zu
109 investieren, ist die eindeutig bessere Lösung im Vergleich zu Transferzahlungen an
110 abgehängte Regionen mit hoher Jugendarbeitslosigkeit und einer verlorenen Gene-
111 ration. Vielmehr wird hier im Gegenteil die Identifikation mit und Wertschätzung für

112 Europa in der jungen Generation gestärkt, die genau dieses Europa tragen und ent-
113 wickeln muss.